

Niederschrift

über die in der 01. Sitzung des Schul- und Kulturausschusses
am 09.12.2014 im Prinz-Moritz-Saal des Kreishauses in Kleve (Raum E.159) gefassten Be-
schlüsse

Beginn der öffentlichen Sitzung : 16:00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung : 17:17 Uhr

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung : 17:18 Uhr
Ende der nichtöffentlichen Sitzung : 17:20 Uhr

anwesend sind

Gulan, Boris	Kalkar
Ulrich, Ulrike	Emmerich am Rhein
Kersten, Gertrud	Kranenburg
Erkens, Hans-Willi	Geldern
Hohl, Peter	Kevelaer
Stevens, Agnes	Uedem
Mailänder, Josef	Straelen
Kerkenhoff, David	Kalkar
Reuter, Tim	Geldern
Heinricks, Michael	Kerken
Terkatz, Hans-Hermann	Straelen
Währisch-Große	Rheurdt
Helbing, Peter	Kerken
Berg, Josef	Kleve
Franken, Jürgen	Kranenburg
Trenckmann, Bettina	Goch
Schmidt, Gabriele	Kleve

beratende Mitglieder

Pieper, Gabriele	Bedburg-Hau
Lürwer, Jürgen	Bedburg-Hau

anwesend sind von der Verwaltung

Spreen, Wolfgang
Boxnick, Zandra
Suerick, Wilfried
Kehmeier, Werner
Bachmann, Wolfgang

als Gast

Schulrat Johannes Mulders, Schulamt für den Kreis Kleve

als Schriftführer

Kehmeier, Werner

Öffentliche Sitzung

1. Einführung und Verpflichtung von Ausschussmitgliedern
2. Bestellung eines Schriftführers und seines Vertreters
3. Gemeinsame Beschulung von Auszubildenden im Gastgewerbe am Berufskolleg des Kreises Kleve in Kleve
4. Förderschulen im Kreis Kleve;
Umsetzung eines Rahmenkonzeptes zur Zukunft der Förderschulen
5. Mitteilung: Zukunft des gemeinsamen Unterrichts und der Förderschulen im Kreis Kleve unter Berücksichtigung des Angebotes des LVR zur Übernahme;
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 22.10.2014
6. Mitteilung: Sachstandsbericht über die Entwicklung des Regionalen Bildungsnetzwerkes
7. Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

8. Mitteilungen
9. Anfragen

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Sie stellt fest, dass die Einladung ordnungsgemäß erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist. Auf die Frage, ob sich jemand aus dem Kreis der anwesenden Ausschussmitglieder für befangen hält, ergeht keine Wortmeldung. Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erläutert Frau Schmidt den Ausschussmitgliedern die Aufgaben des Schul- und Kulturausschusses.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 152 /WP14

Einführung und Verpflichtung von Ausschussmitgliedern

Frau Schmidt bittet die anwesenden Ausschussmitglieder, die nicht Kreistagsmitglieder sind, vorzutreten. Sodann verpflichtet sie Frau Pieper, Herrn Lürwer, Herrn Gulan und Herrn Kersten auf die gewissenhafte und rechtmäßige Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 153 /WP14

Bestellung eines Schriftführers und seines Vertreters

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Herr KOAR Kehmeier wird zum Schriftführer und Herr KAR Bachmann zu dessen Vertreter bestellt.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 140 /WP14

Gemeinsame Beschulung von Auszubildenden im Gastgewerbe am Berufskolleg des Kreises Kleve in Kleve

Frau Kersten und Frau Trenckmann befürworten die gemeinsame Beschulung von Auszubildenden im Gastgewerbe am Berufskolleg des Kreises Kleve in Kleve im Sinne einer flexiblen Lösung. Auf die entsprechende Frage der Frau Trenckmann erläutert Frau Boxnick, dass die gemeinsame Beschulung bereits seit Schuljahresbeginn erfolgreich angelaufen sei.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Die Ausbildungsberufe "Fachkraft im Gastgewerbe", "Restaurantfachmann / Restaurantfachfrau" und "Hotelfachmann / Hotelfachfrau" (Anlage A1 APO-BK) werden am Berufskolleg des Kreises Kleve in Kleve, Felix-Roeloffs-Straße 7, 47533 Kleve (Schulnummer 1739909) ab dem Schuljahr 2014/15 in allen Schulstufen gemeinsam beschult.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 135 /WP14

Förderschulen im Kreis Kleve

Umsetzung eines Rahmenkonzeptes zur Zukunft der Förderschulen

Frau Boxnick erläutert die Vorlage. Sie weist darauf hin, dass der Beschlusstext im Vorfeld mit der Bezirksregierung Düsseldorf abgestimmt wurde.

Frau Kersten dankt Herrn Schulamtsdirektor Mulders für seine fachliche Unterstützung zur Erstellung des Rahmenkonzeptes. Dieses sei unter den gegebenen Umständen das Beste, was herauszuholen sei. Nach Ihrer Wahrnehmung seien die bisher von der Verwaltung geführten vielschichtigen Verhandlungen kooperativ verlaufen und hätten zu einvernehmlichen Ergebnissen geführt. Das vom Land vorgegebene Stellenbudget im Förderschulbereich sei allerdings kritisch zu beurteilen.

Herr Gulan schließt sich den Ausführungen der Frau Kersten an. Auf seine entsprechende Frage teilt Frau Boxnick mit, dass die Verwaltung zu gegebener Zeit überlegen werde, wie die Gebäude der Virginia-Satir-Schule nach der Einstellung des Schulbetriebes verwendet werden könnten.

Frau Trenckmann schließt sich ebenfalls den Ausführungen der Frau Kersten an. Die Stellensituation im Förderschulbereich beurteile sie jedoch anders: Hier gebe es ein Stellenbesetzungsproblem.

Auf die entsprechende Frage der Frau Trenckmann erläutert Frau Boxnick, dass die Verwaltung in den zur Schulsozialarbeit geführten Gesprächen festgestellt habe, dass über die Ausstattung mit einer Schulsozialarbeitskraft im Umfang von 0,5 Stelle hinaus in den Schulen teilweise unterschiedliche Programme sozialpädagogischen Inhalts laufen würden. Diese verblieben in der Zuständigkeit der Kommunen.

Frau Währisch-Große erklärt, ihre Fraktion Sorge sich, ob das durch die UN-Behindertenrechtskonvention vorgegebene Ziel erreicht werde. Sie hinterfragt den Zeitdruck. Ihre Fraktion habe nicht das Vertrauen zu sagen: Ja - es ist gut. Es gehe um inklusiven Unterricht. Man habe Sorge, dass sich der derzeitige Zustand verfestige. Sie könne der Verwaltungsvorlage daher nicht zustimmen.

Herr Spreen teilt die Auffassung der Frau Währisch-Große, dass ein zu großer Zeitdruck vorgegeben sei, so dass sehr viele Beteiligte im Inklusionsprozess überfordert wären. Die Vorlage spiegele nicht die Idealvorstellung der Verwaltung. Es gehe vielmehr darum, im Rahmen der gegebenen ungünstigen Voraussetzungen die bestmögliche Lösung zu finden. Die Vorlage sei das Ergebnis einer Vielzahl von Gesprächen und Verhandlungen. Die Umsetzung des Rahmenkonzeptes sei notwendig, um nicht von unerwünschten Entwicklungen überholt zu werden. Man müsse daher in dem vorgegebenen engen Zeitrahmen handeln.

Frau Währisch-Große weist nochmals auf die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention hin. Man müsse die Förderschulen verlassen.

Herr Heinrichs sieht in den Förderschulen bessere unterrichtliche Möglichkeiten als im Gemeinsamen Lernen. Man müsse etwas zum Erhalt des Förderschulangebotes tun, da es dieses Angebot sonst bald nicht mehr geben werde.

Auf entsprechende Fragen des Herrn Heinrichs antwortet Frau Boxnick, dass die zum Zeitpunkt der endgültigen Auflösung der Virginia-Satir-Schule dort noch verbliebenen Schüler und Schülerinnen auf andere Schulen aufgeteilt würden. Welche Schulen die Kinder nach der Einstellung des Schulbetriebes der Virginia-Satir-Schule besuchten, sei zu einem späteren Zeitpunkt zu klären. Man werde aber mit der Schule und den Eltern in Kontakt bleiben und "alle mitnehmen".

Herr Franken weist darauf hin, dass es seit dem Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention im Gemeinsamen Lernen einen Prozess mit hoher Dynamik gegeben habe. Dies zeige auch die in der Handreichung des Bildungsbüros dargestellte Entwicklung des Gemeinsamen Lernens im Kreis Kleve. Hinsichtlich der Förderschulproblematik habe man sach- und zeitgerecht reagiert. Das Förderschulkonzept sei ein Vorzeigemodell, das nicht in Frage gestellt werden solle. Die Stellungnahme der Schulkonferenz der Virginia-Satir-Schule lenke den Blick auf die Beschulung von extrem verhaltensauffälligen Kindern, die möglicherweise auch in einem Förderschulsystem nicht beschulbar seien. Wie solle künftig mit solchen Schülern und Schülerinnen verfahren werden?

Herr Mulders erläutert, dass es im Kreis Kleve ein gut ausgebautes Netz von Schulen des Gemeinsamen Lernens gebe. Mit dem Förderschulmodell könne man auf die weitere Entwicklung flexibel reagieren. Hinsichtlich der extrem verhaltensauffälligen Kinder müsse man in den nächsten Jahren das System in Zusammenarbeit mit den Jugendhilfeträgern weiter verästeln. Der Erfolg der sonderpädagogischen Arbeit des Förderzentrums in Emmerich am Rhein zeige im Übrigen, dass die Kombination von drei Förderschwerpunkten gut machbar sei.

Herr Mailänder erklärt, dass er eine ablehnende Haltung gegenüber dem Förderschulkonzept nicht nachvollziehen könne. Wenn die Inklusion gelingen solle, gehöre Akzeptanz bei allen Beteiligten dazu. Förderschulsysteme müssten erhalten bleiben.

Auf die entsprechende Frage der Frau Trenckmann erläutert Herr Mulders, dass es 11 weiterführende Schulen im Kreis Kleve gebe, die in größerem Umfang Schulen des Gemeinsamen Lernens seien. Während in früheren Jahren vor allem die Hauptschulen diese Aufgabe wahrgenommen hätten, seien jetzt auch Gesamtschulen und Sekundarschulen beteiligt. Die Gymnasien müssten in dieses System noch eingebunden werden.

Frau Wähnsich-Große macht deutlich, dass es ihrer Fraktion darum gehe, alle im Gemeinsamen Lernen beschulbaren Kinder dort zu beschulen. Man wolle Regelunterricht an Regelschulen.

Herr Heinrichs weist darauf hin, dass es Schülerinnen und Schüler gebe, die nicht an Regelschulen unterrichtet werden könnten. Dies gelte für einen großen Teil der Kinder an Förderschulen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung

Beschlussvorschlag:

1. Die **öffentlich-rechtliche Vereinbarung** vom, zwischen dem Kreis Kleve und den Städten Emmerich am Rhein, Geldern, Goch und Kleve zur Übernahme der städtischen Förderschulen in die Trägerschaft des Kreises Kleve wird entsprechend des als Anlage beigefügten Entwurfes beschlossen.

2. Die **Virginia-Satir-Schule**, Förderschule des Kreises Kleve mit dem Förderschwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung, wird ab dem Schuljahr 2015/ 2016 (ab 01.08.2015) sukzessive aufgelöst. Der Auflösungsprozess wird nur solange fortgeführt, wie ein ordnungsgemäßer Schulbetrieb gewährleistet werden kann. Die endgültige, vollständige Auflösung der Schule erfolgt spätestens mit Ablauf des Schuljahres 2016/ 2017 (zum 31.07.2017).

3. a) Die **Astrid-Lindgren-Schule**, Förderschule des Kreises Kleve mit dem Förderschwerpunkt Sprache – Primarstufe – wird ab dem 01.08.2015 um die Förderschwerpunkte Lernen sowie emotionale und soziale Entwicklung - Primarstufe und Sekundarstufe I - im integrativen Verbund erweitert.

b) Die Astrid-Lindgren-Schule richtet ab dem 01.08.2015 am Schulstandort Schützenstraße 15 in 47574 Goch (derzeit Standort der Pestalozzischule, Förderschule der Stadt Goch mit dem Förderschwerpunkt Lernen) einen Teilstandort ein, der solange fortgeführt werden soll, wie ein ordnungsgemäßer Unterrichtsbetrieb gewährleistet werden kann.

Dieser Beschluss erfolgt unter dem Vorbehalt, dass der Rat der Stadt Goch die sofortige Auflösung der Pestalozzi-Schule zum 31.07.2015 beschließt, dies von der oberen Schulaufsichtsbehörde genehmigt wird und die Stadt Goch mit dem Kreis Kleve einen Mietvertrag zur Überlassung des Schulgebäudes nebst Inventar und Schulanlagen abschließt.

c) Die Astrid-Lindgren-Schule führt mit Wirkung vom 01.08.2015 den Offenen Ganztagsbetrieb ein.

4. a) Vorbehaltlich eines entsprechenden Beschlusses der Stadt Emmerich am Rhein und der Genehmigung durch die obere Schulaufsichtsbehörde übernimmt der Kreis Kleve mit Wirkung zum 01.08.2015 die Trägerschaft des **Förderzentrums Grunewald**, derzeit Förderschule der Stadt Emmerich am Rhein mit den Förderschwerpunkten Sprache, Lernen sowie emotionale und soziale Entwicklung, Hinter dem Kapaunenberg 3, 46446 Emmerich am Rhein.

b) Das Förderzentrum Grunewald richtet ab dem 01.08.2015 am Schulstandort Frankenstraße 25 in 47533 Kleve (derzeit Standort des Förderzentrums der Stadt Kleve, Förderschule mit den Förderschwerpunkten Lernen und Sprache) einen Teilstandort ein, der solange fortgeführt werden soll, wie ein ordnungsgemäßer Unterrichtsbetrieb gewährleistet werden kann.

Dieser Beschluss erfolgt unter dem Vorbehalt, dass der Rat der Stadt Kleve die sofortige Auflösung des Förderzentrums Kleve zum 31.07.2015 beschließt, dies von der oberen Schulaufsichtsbehörde genehmigt wird und die Stadt Kleve mit dem Kreis Kleve einen Mietvertrag zur Überlassung des Schulgebäudes nebst Inventar und Schulanlagen abschließt.

5. a) Vorbehaltlich eines entsprechenden Beschlusses der Stadt Geldern und der Genehmigung durch die obere Schulaufsichtsbehörde übernimmt der Kreis Kleve mit Wirkung zum 01.08.2015 die Trägerschaft der **Franziskusschule**, derzeit Förderschule der Stadt Geldern mit den Förderschwerpunkten Lernen sowie emotionale und soziale Entwicklung, Haagscher Weg 32, 47608 Geldern.

b) Die Franziskusschule wird ab dem 01.08.2015 um den Förderschwerpunkt Sprache - Primarstufe - im integrativen Verbund erweitert.

c) Die Franziskusschule richtet ab dem 01.08.2015 am Schulstandort Astrid-Lindgren-Straße 4 in 47608 Geldern-Veert (derzeit Teilstandort der Astrid-Lindgren-Förderschule des Kreises) einen Teilstandort ein, der solange fortgeführt werden soll, wie ein ordnungsgemäßer Unterrichtsbetrieb gewährleistet werden kann.

d) Die Franziskusschule richtet für die Zeit vom 01.08.2015 bis längstens 31.07.2017 am Schulstandort Hartefelder Dorfstraße 71 A in 47608 Geldern (derzeit Teilstandort der Astrid-Lindgren-Förderschule des Kreises) einen Teilstandort ein.

6. Vorbehaltlich der Genehmigung der oberen Schulaufsichtsbehörde zu den Punkten 1. bis 5. wird

a) mit Wirkung ab dem 01.08.2015 die Rechtsverordnung über die Bildung von Schuleinzugsbereichen für die Förderzentren des Kreises Kleve mit den Förderschwerpunkten Lernen, Sprache sowie emotionale und soziale Entwicklung entsprechend des als Anlage beigefügten Entwurfes erlassen und

b) mit Wirkung zum 31.07.2015 die Rechtsverordnung über die Bildung von Schuleinzugsbereichen für die Astrid-Lindgren-Schule vom 01.02.2008, geändert durch Rechtsverordnung vom 06.04.2010 aufgehoben.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 149 /WP14

Mitteilung: Zukunft des gemeinsamen Unterrichts und der Förderschulen im Kreis Kleve unter Berücksichtigung des Angebotes des LVR zur Übernahme;
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 22.10.2014

Frau Trenckmann teilt mit, dass die Sorge bestehe, von den Entwicklungen hinsichtlich der Koalitionsvereinbarung im LVR zur Übernahme von Förderschulen überrollt zu werden und bittet Herrn Mulders um eine fachliche Einschätzung zu dieser Thematik.

Herr Mulders erläutert, dass das Förderschulwesen seit jeher so gestaltet sei, dass die kommunale Einbindung gut gelinge. Kommunen kümmern sich um ihre Schulen und es gebe zahlreiche Vernetzungen. Mit der Bildung von drei Förderzentren in Kreisträgerschaft verlasse man den Zuständigkeitsbereich der einzelnen Kommunen, bleibe aber in der Bildungsregion und dem Sozialraum Kreis Kleve. Die LVR-Schulen nähmen regional und damit kreisübergreifend Schüler und Schülerinnen auf. Er plädiere dafür, dass die Förderzentren in Kreisträgerschaft blieben.

Frau Kersten erklärt, die CDU-Fraktion schließe sich der Auffassung des Herrn Mulders an. Man müsse auf der Kreisebene, und damit nah bei den Menschen bleiben.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 138 /WP14

Mitteilung: Sachstandsbericht über die Entwicklung des Regionalen Bildungsnetzwerkes

Frau Boxnick erläutert die Mitteilung.

Frau Kersten begrüßt den Einstieg in die "Kommunale Koordinierung" im Rahmen des Landesprogramms "Kein Abschluss ohne Anschluss". Es gehe jetzt darum, weiter konzeptionell an dieser Thematik zu arbeiten. Ziel müsse es sein, jedem Jugendlichen zu ermöglichen herauszufinden, welcher Beruf für ihn am besten geeignet ist.

Auf die entsprechende Frage des Herrn Franken erklärt Frau Boxnick, dass die Nachbesetzung der Stelle im Regionalen Bildungsbüro (0,5 Stellenanteil) unabhängig von der einzurichtenden Stelle für die "Kommunale Koordinierung" erfolgt.

Herr Franken begrüßt den Einstieg in die "Kommunale Koordinierung", damit werde eine seit längerem bestehende Forderung der SPD-Fraktion erfüllt. Auf seine entsprechende Frage antwortet Frau Boxnick, dass grenzüberschreitende Aspekte bei der Bearbeitung der Thematik berücksichtigt würden.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Anfragen

Es ergeht keine Wortmeldung

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

nichtöffentliche Sitzung

Mitteilungen

Es ergeht keine Wortmeldung.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

nichtöffentliche Sitzung

Anfragen

Es ergeht keine Wortmeldung.

gez.: Kehmeier

gez.: Gabriele Schmidt

Kehmeier
(Schriftführer)

Gabriele Schmidt
(Vorsitzende)

